

Ihre Gesprächspartner:innen:

Andreas Stangl

Mag^a Dr. ⁱⁿ Laura Kepplinger

Präsident der AK Oberösterreich

Abteilung Bildung und Kultur

**Jetzt in Bildung investieren,
um aktuelle und zukünftige Probleme zu lösen**

Pressekonferenz

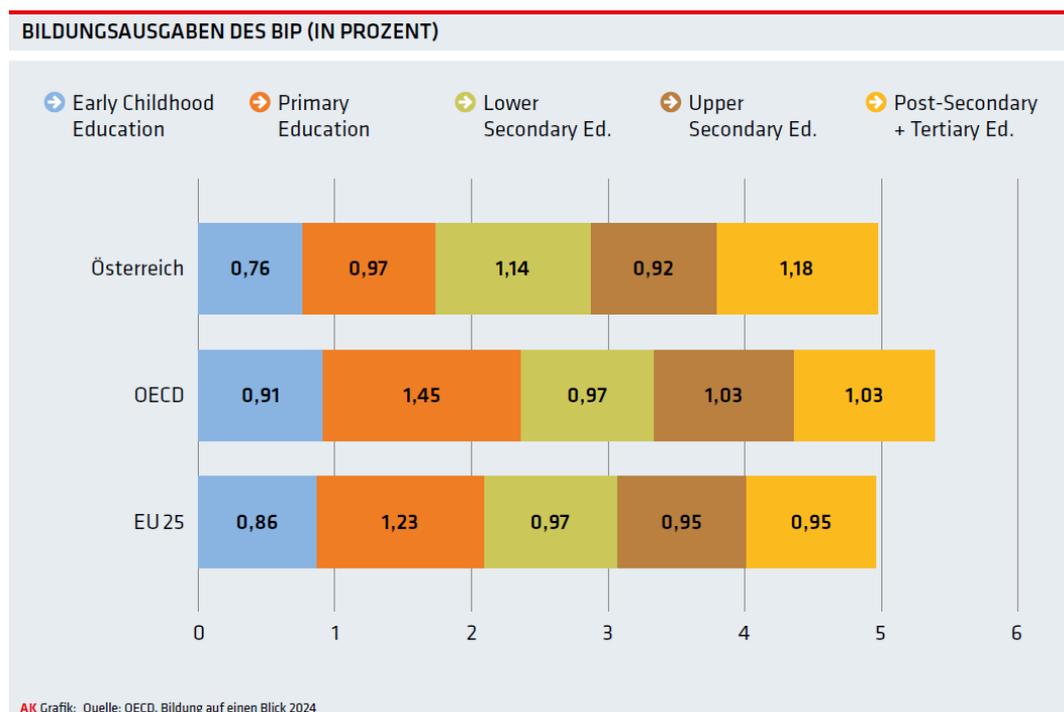
Montag, 26. Mai 2025, 9 Uhr

Arbeiterkammer Linz

Zu viele junge Menschen verlassen in Oberösterreich zu früh das Bildungssystem. Nur rund jede:r sechste 25- bis 29-Jährige hat einen Pflichtschulabschluss als höchste abgeschlossene Ausbildung. Dazu kommt: Rund ein Viertel der 15- bzw. 16-Jährigen hat am Ende der Pflichtschulzeit in Lesen, Mathematik oder Naturwissenschaften nur geringe Kompetenzen. Die Folgen: Große Schwierigkeiten am weiteren Bildungsweg, schlecht bezahlte Arbeit, immer wieder Phasen der Arbeitslosigkeit, weniger gesellschaftliche Teilhabe. Diese jungen Menschen fehlen zudem als qualifizierte Fachkräfte. Die Politik muss endlich Bildungsziele außer Streit stellen und das Bildungsniveau anheben.

Zu wenige Investitionen in die frühkindliche Bildung rächen sich

Um Bildungsabbrüche zu verhindern und den Grundstein für einen erfolgreichen Bildungsweg zu legen, gilt es, früh anzusetzen. Investitionen in die frühkindliche Bildung sind wesentliche Investitionen in die Zukunft. Bereits in Krabbelstuben und Kindergärten können Kompetenzen erworben und verstärkt werden und es ist möglich, gezielt dort zu unterstützen, wo es notwendig ist. Damit dies gelingen kann, müssen die Rahmenbedingungen dementsprechend passen. Laut OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) investiert Österreich im Vergleich zu den anderen OECD- und EU-Ländern einen wesentlich geringeren Anteil des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in die frühkindliche Bildung und in die Volksschule.



Die geringe Investitionsquote schlägt sich auch direkt in Umfang und Qualität des Angebots nieder. In Österreich gibt es nur für jeden fünften Unter-Drei-Jährigen (20,7 Prozent) einen Platz in einer Krabbelstube oder einem Kindergarten, der Eltern eine berufliche Tätigkeit im Sinne des VIF-Indikators (mindestens 47 Wochen pro Jahr verfügbar, mindestens 45 Stunden wöchentlich, von Montag bis Freitag, an vier Tagen mindestens 9,5 Stunden täglich, mit Mittagessen-Angebot) ermöglicht. In Oberösterreich sind es sogar nur 6,4 Prozent. Oberösterreich ist damit bundesweites Schlusslicht und hat massiven Aufholbedarf.

Gruppengröße als Qualitätsfaktor

Für die Qualität der Bildungsarbeit im Kindergarten sowie für die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten ist die Gruppengröße von zentraler Bedeutung. Laut oberösterreichischem Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz besteht derzeit eine Kindergartengruppe aus maximal 23 Kindern mit einer pädagogischen Fachkraft und den erforderlichen pädagogischen Assistenzkräften. Ein Überschreiten der zulässigen Kinderhöchstzahl um bis zu zwei Kinder ist nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich. Die schrittweise Reduktion der Gruppengröße, wie sie aufgrund des Drucks der Gewerkschaften bis 2028/29 vereinbart ist, ist eine wichtige Maßnahme. Sie verbessert nicht nur die Betreuungsqualität für das einzelne Kind, sondern auch die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten.

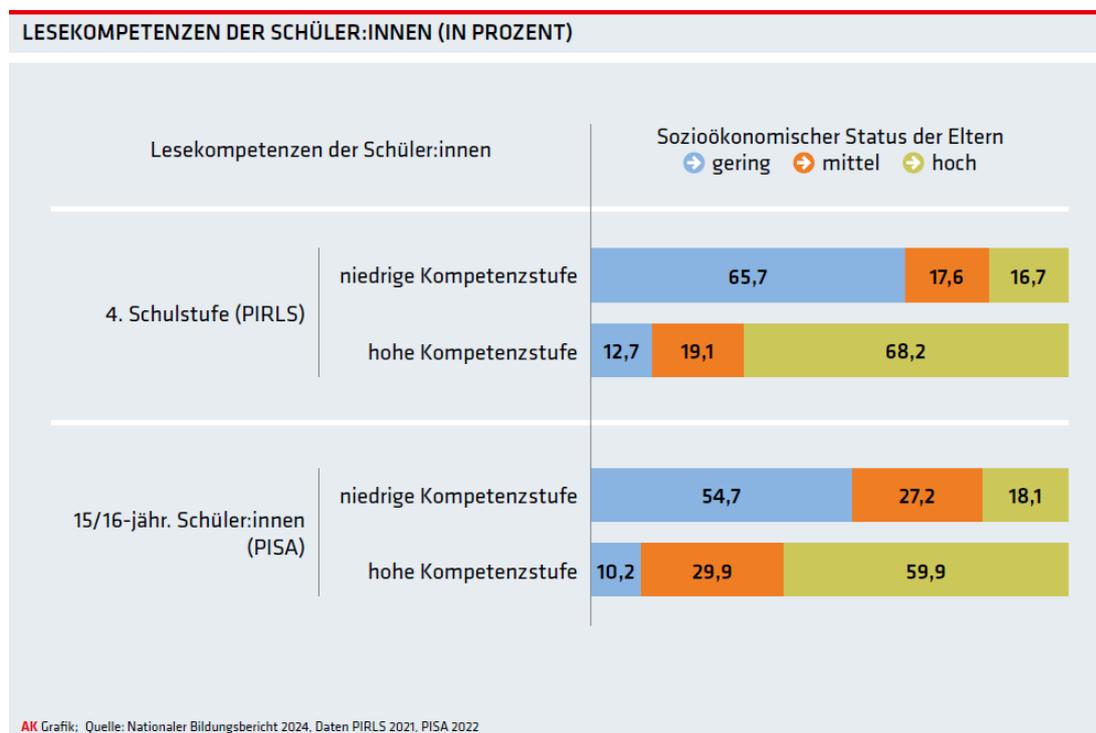
Dieser Erfolg der Gewerkschaften ist wesentlich, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Ergänzend braucht es noch eine Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation und mehr Ressourcen für die frühe sprachliche Förderung sowie Unterstützung für die Krabbelstuben und Kindergärten selbst, zum Beispiel durch administrative Unterstützung, multiprofessionelle Teams (soziale Arbeit, Sozialpädagogik etc.) und Angebote für die Beschäftigten (Supervision, kollegiale Fallberatung, Mediation).

Schule muss soziale Teilhabe sichern

Der Bildungserfolg in Österreich hängt nach wie vor sehr stark vom sozialen Status der Eltern ab. Materielle und kulturelle Ressourcen sowie die Möglichkeit, Kinder und Jugendliche beim Lernen zu unterstützen (selbst oder private Nachhilfe), sind ausschlaggebend für den schulischen Erfolg und die weitere Bildungslaufbahn.

Ein zentraler Faktor, um im Beruf oder an gesellschaftlichen Prozessen teilhaben zu können, ist insbesondere die Lesekompetenz. Hier zeigen sich die Folgen des sozialen Status besonders deutlich. Schüler:innen, die am Ende der Volksschule über geringe Lesekompetenzen verfügen, kommen zu zwei Drittel aus Familien mit niedrigem sozialen Status. Hingegen stammen sieben von zehn Schüler:innen mit hoher Lesekompetenz aus Familien mit hohem sozialen Status. Dieser Rückstand ist kaum aufzuholen. Am Ende der Pflichtschulzeit schafft es nur jede:r zehnte Schüler:in aus Familien mit geringem sozialen Status in die hohe Kompetenzstufe, aber noch immer sechs von zehn Schüler:innen mit hohem sozialen Status. Derzeit klafft die Schere schon im Pflichtschulbereich weit auseinander und bleibt auch in der weiteren Bildungslaufbahn offen.

Am Ende der Pflichtschulzeit erreicht rund ein Viertel Schüler:innen in einem der Bereiche Lesen, Mathematik oder Naturwissenschaften nur das untere Kompetenzniveau. Diese Jugendlichen verfügen nicht über die notwendigen Fähigkeiten, um in vollem Umfang am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen oder sich an Prozessen des lebenslangen Lernens zu beteiligen.



AK-Chancenindex muss jetzt umgesetzt werden

Damit Schulen diese sozialen Unterschiede besser aufbrechen und Kompetenzerwerb für alle Kinder sicherstellen können, sind entsprechende Ressourcen notwendig.

Insbesondere Schulstandorte, die größere Herausforderungen zu bewältigen haben, müssen entsprechend ausgestattet sein. Die Arbeiterkammer hat gemeinsam mit der Johannes-Kepler-Universität ein Modell entwickelt, wie Zusatzmittel für Schulen bedarfsorientiert zugewiesen werden können. Ausgehend vom Bildungshintergrund der Eltern, ihrem sozialen Status und der Alltagssprache wird ein Verteilschlüssel definiert, der die Ressourcen in sieben Stufen bedarfsorientiert lenkt. Die Standorte können diese dann autonom einsetzen, zum Beispiel für Sprach- und Leseförderung oder soziale Arbeit. Vom AK-Chancenindex würden viele Schulen profitieren.

In Österreich wird diese Verteilung gerade mit dem Pilotprojekt „100 Schulen – 1.000 Chancen“ und einem Investitionsvolumen von 15 Millionen Euro auf drei Jahre verteilt umgesetzt. Zum Vergleich: In Deutschland werden seit Sommer 2024 unter dem Titel „Startchancen-Programm“ für zehn Jahre 20 Milliarden Euro in 4.000 Schulstandorte investiert. Das Ziel ist, den Anteil der Risikoschüler:innen zu halbieren.

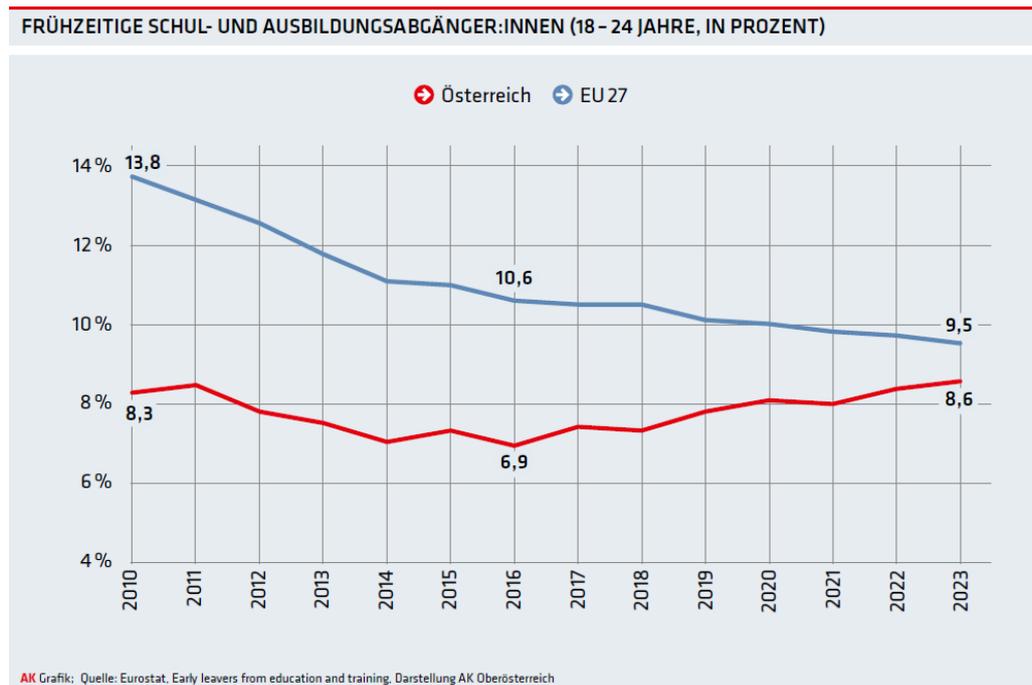
Um den von der österreichischen Bundesregierung angekündigten „Chancenbonus“ ähnlich zu dimensionieren, müsste die Zahl der teilnehmenden Schulen auf 500 erhöht werden, das Investitionsvolumen auf 150 Millionen Euro aufgestockt und die Förderlänge gestreckt werden. Der „Chancenbonus“ in der derzeitigen Konzeption ist ein wichtiger erster Schritt. Um der Kompetenzarmut wirksam zu begegnen, muss er rasch umgesetzt und in weiterer Folge ausgeweitet werden.

Ganztagsschulen als große Chance, ihre Zahl sinkt jedoch

Eine weitere wichtige Säule für eine chancengerechte Schule ist das Angebot an ganztägigen Schulformen. Aufgrund ihrer positiven pädagogischen Effekte sind echte Ganztagsschulen besonders hervorzuheben. Sie ermöglichen nachhaltige schulische Förderung. Eingebettet in ein pädagogisches Konzept besteht der Schulalltag aus sich abwechselnden Unterrichts-, Bewegungs-, Förderungs- und Freizeitphasen. Zudem hätten Lehrer:innen wieder mehr Zeit für ihre Schüler:innen und könnten diese ausreichend fördern. Auch hier braucht es in Oberösterreich ein Umdenken. Im Schuljahr 2023/24 gab es in Oberösterreich nur 21 echte Ganztagsschulen in verschränkter Form, um fünf weniger als im Schuljahr 2018/19.

Frühe Bildungsabbrüche verhindern

In Österreich umfasst die Gruppe der frühen Ausbildungsabbrecher:innen 8,6 Prozent der 18- bis 24-Jährigen. Sie absolvieren nach dem Ende der Pflichtschulzeit weder eine Lehre noch eine mittlere oder höhere Ausbildung. Österreich liegt hier noch unter dem EU-Schnitt, der Trend geht allerdings in die entgegengesetzte Richtung.

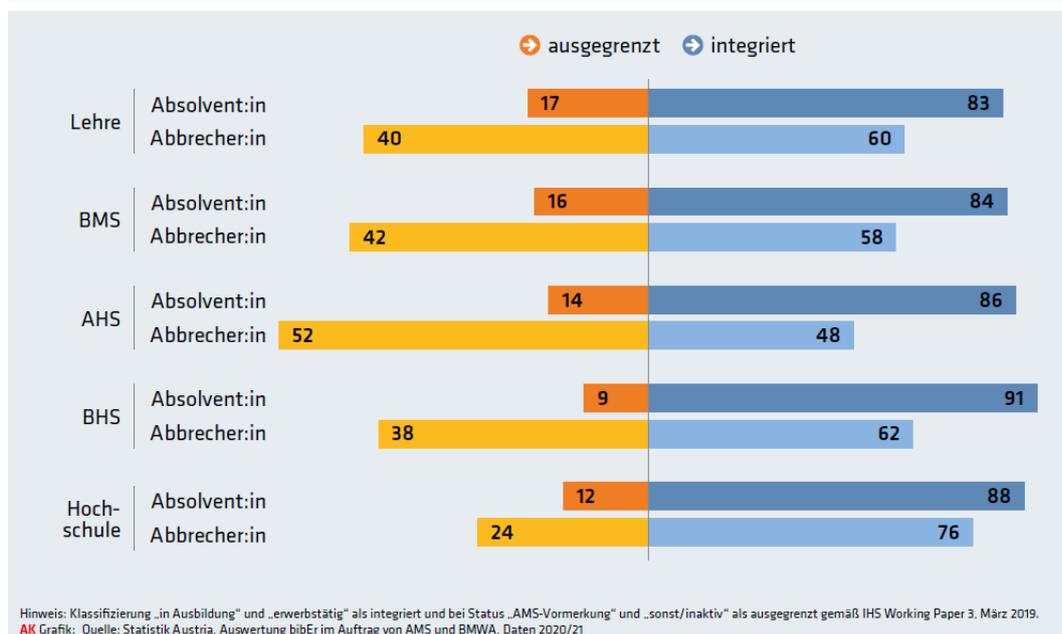


Teilweise hohe Drop-out-Quoten

Auch zu viele Lehren werden vorzeitig abgebrochen. Im Jahr 2023 wurden in Oberösterreich von 6.936 Lehrverhältnissen 1.621 nicht erfolgreich beendet, also nahezu jedes vierte. Besonders hoch ist die Drop-Out-Quote im Bereich Tourismus und Freizeitwirtschaft (44 Prozent), im Bereich Banken und Versicherungen ist sie mit 14 Prozent am geringsten.

Während Lehrabsolvent:innen zu 83 Prozent erwerbstätig sind oder eine weitere Ausbildung in Angriff genommen haben, haben Lehrabbrecher:innen ein Ausgrenzungsrisiko von 40 Prozent. Umso notwendiger ist es daher, einerseits präventiv Abbrüche zu verhindern (durch proaktive Jugendarbeit und Sicherstellen der Ausbildungsqualität) und andererseits Möglichkeiten, Abschlüsse nachzuholen oder in den Bildungsprozess wieder einzusteigen, zu bieten.

INTEGRATIONSCHANCEN UND AUSGRENZUNGSRISIKEN (ARBEITSMARKT-STATUS NACH 18 MONATEN, IN PROZENT)



Erwachsenenbildung als Chance begreifen

Bereits erworbene Bildung wirkt sich auch auf die Bereitschaft, sich beruflich aus- und weiterzubilden, aus. 2023 besuchten laut Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung der Statistik Austria 25 Prozent der Personen mit Hochschul- oder Akademieabschluss in den vier Wochen vor der Abfrage eine Aus- oder Weiterbildung. Damit lag deren Anteil dreimal so hoch wie jener bei Personen mit Pflichtschulabschluss (knapp acht Prozent). Gerade diese Gruppe der Geringqualifizierten braucht Zugänge und Angebote zur Auf- und Weiterqualifizierung. Bildungspolitische Maßnahmen müssen darauf konzentriert werden. Dabei ist es notwendig, von defizit- hin zu stärkenorientierten Modellen der Qualifizierung zu gelangen. Ein Beispiel ist das erfolgreiche oberösterreichische Sozialpartnermodell „Du kannst was“. In 26 Berufen werden bereits erworbene Kompetenzen auf einen Berufsabschluss anerkannt. Insgesamt konnten so seit 2011 ca. 3.020 Personen einen Lehrabschluss erlangen.

Fazit: Bildungsziele endlich politisch außer Streit stellen

Angesichts wachsender gesellschaftlicher Herausforderungen darf Bildungspolitik nicht ideologisch oder in kurzfristigen Wahlzyklen gedacht werden. Stattdessen braucht es langfristige Zielsetzungen, die politisch außer Streit gestellt sind.

Zwei Punkte stehen dabei im Zentrum:

1. Möglichst alle Jugendlichen sollen am Ende ihrer Pflichtschulzeit über die notwendigen Grundkompetenzen verfügen, um aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Qualitätsvolle frühkindliche Bildung, besser ausgestattete Schulen und Förderung für alle, die sie brauchen, können dazu beitragen.
2. Um den Fachkräftebedarf zumindest teilweise zu decken, muss der Anteil der Personen, die über maximal einen Pflichtschulabschluss verfügen, reduziert werden. Es braucht verstärkte Initiativen, damit möglichst alle Jugendlichen eine allgemeine oder berufliche Bildung abschließen.

Investitionen in Bildung sichern nicht nur Teilhabe, sondern tragen auch zur Sicherung öffentlicher Daseinsvorsorge bei und sind auch aus demokratiepolitischer Sicht dringend notwendig.

AK-Forderungen für eine sozial gerechte Bildungspolitik

- Zusätzliche Mittel insbesondere für Schulen mit besonderen Herausforderungen, verteilt nach dem AK-Chancenindex und für den flächendeckenden Ausbau ganztägiger Schulen
- Eine wirksame, kontinuierliche Sprachförderung ab dem Kindergarten und eine deutlich höhere Deckelung für den sonderpädagogischen Förderungsbedarf
- Ausreichend Ressourcen, um Schulen bei gesellschaftlichen Herausforderungen (z.B. Demokratiebildung, Deradikalisierung, mentale Gesundheit) zu unterstützen.
- In der frühkindlichen Bildung müssen der Bundesrahmenplan und die finanziellen Mittel für das zweite verpflichtende Kindergartenjahr, eine Qualitäts- und Ausbauoffensive sowie Initiativen zur langfristigen Deckung des Personalbedarfs umgesetzt werden.
- Mehr Angebote zur individuellen stärken- und interessenorientierten Berufs- und Bildungswegorientierung
- Kontinuierliche Sicherstellung der Qualität in der Lehrausbildung
- Den Ausbau aufsuchender Jugendarbeit, um Jugendliche zu motivieren, die Ausbildung fortzusetzen bzw. nicht abubrechen

- Kostenfreiheit für Zugangsberechtigungen zum Hochschulsektor, die im zweiten Bildungsweg nachgeholt werden
- ein existenzsicherndes Qualifizierungsgeld für längerfristige Ausbildungen